





# Kampfgang der kommunistischen Arbeiter-Jugend

## Proletarier! Durchkreuzt die parlamentarischen Schwindelmanöver!

Es ist wieder einmal allerhand los. Das Kabinett Stresemann, das Werkzeug der großen Industriekönige reagiert auf den parlamentarischen Schwindel mit dem Schrei: „Proletarier! Durchkreuzt die parlamentarischen Schwindelmanöver!“

Stresemann verkörpert, weiß unter diesen „schweren Umständen“ wohl den Unterschied in der „nationalen“ und „bayerischen“ Haltung, „herauszufinden“. In Bayern waren Leben und Eigentum nie bedroht, und das letztere ist denn doch wohl für eine bürgerliche Regierung so wichtig, daß selbst Sozialdemokraten und versassungstreue „Kommunisten“ einsehen müssen, daß es sich hier um zwei ganz verschiedene Dinge handelt.

Es ist richtig, daß die Sozialdemokratie einer starken Demonstration unterworfen werden wird. Unter dem Zeichen der schwarzen-rot-goldenen Fahne, unter den parlamentarischen Klängen, wird dem vielgeliebten Vaterlande der Todesstoß versetzt, und damit die Plattform zertrümmert, auf der die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften stehen. Unter dem Druck der deutschen Schwerindustrie wird der neue Kurs: die Lostrennung Rheinland-Westfalens einerseits und die Beherrschung des Ruhrgebietes durch das Agrarkapital und der übrigen Rührer durch die Rentenbank andererseits.

Die deutsche Arbeiterklasse jedoch wird nicht umhin können, an dieser klaren und unzweideutigen Entwicklung die Lehren zu ziehen. Die Zerreißen der demokratischen Republik als Resultat der internationalen Kapitalkonzentration und deren Beschränkung als Folge der sich immer weiter verschärfenden und vertiefenden Produktionskrise geht nur, nur auf Kosten der proletarischen Klasse, die mit ihren Leibern die Lächer füllen muß, die der Moloch Kapitalismus in seiner Wirtschaft aufreißt.

„Wir stehen vor der Tatsache, daß wir Rhein und Ruhr nicht mehr besetzen können, ohne daß das ganze Reich zusammenbricht.“ So ringt es sich um dem gepreßten Herzen des „letzten verfassungsmäßigen Kanzlers“. Man mach sich in der Öffentlichkeit noch nicht die rechten Vorstellungen davon, daß wir unter einer inländischen Finanzkontrolle, nämlich der Rentenbank stehen,“ fügte er hinzu. „Das besetzte Gebiet brüht für 10 bis 14 Tage etwa 100 Goldmark. Unser Kredit wäre also, wenn wir auch nur wenige Wochen weiterzahlen wollten, bald erschöpft, und damit wäre alles verloren, was wir mit der Rentenbank erreichen wollten.“

„Unter diesen Umständen ist es nicht schwer zu begreifen, daß die Rückkehr des Kronprinzen verlangt wird, um den letzten Deutschen“ in der Heimat zu sehen. Die deutsche Schwerindustrie braucht eine Strohputze, um damit die Botschaft Polkars zu beweisen, den sich ergebenden Konflikt für ihre Pläne an der Ruhr anzuschließen.

Die Demokratie, wie die sich gegenwärtig in dem Schieber...

### Die vollendete Demokratie

In Bayern hat bekanntlich die Demokratie den Sieg davon getragen. Hitler und Konsorten sind schmachvoll gesetzt. Die bayerische Frage wurde von Seiten der Republik von vornherein so behandelt, daß die Republik den bayerischen Territorien das Proletariat zu übertrumpfen suchte. Dem bayerischen Ausnahmezustand setzte die Reichsregierung mit Zustimmung der Sozialdemokratie den Reichsbelagerungszustand entgegen und sollte durch diesen der bayerische Antimilitarismus ausgeschaltet werden. In diesem Weltlauf hat nun Bayern die Republik wieder um einige Rassenlängen geschlagen und die bayerische Regierung hat folgenden „Erfolg“ zu buchen: Aus Grund der Verordnung vom 26. September 1923 (Staats-Anzeiger Nr. 234) wird mit sofortiger Wirksamkeit angeordnet:

§ 1. Das Erscheinen aller Zeitungen und Zeitschriften der Vereinigten Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei und aller anderen Zeitungen und Zeitschriften, die sozialistische oder kommunistische Ziele verfolgen, wird im rechtsrheinischen Bayern verboten. In zweifelhaften Fällen entscheidet die Polizeibehörde ob eine Zeitung oder Zeitschrift unter das Verbot fällt. Hierfür zuständig sind in München und in Nürnberg-Fürth die Polizeidirektionen, in den übrigen unmittelbaren Städten die Stadtkommissare und sonst die Polizeibehörden. Gegen die Entscheidung ist Beschwerde an die Kreisregierung, K. d. L. zulässig, die keine aufhebende Wirkung hat. Deren Entscheidung ist endgültig.

§ 2. Zuwiderhandlungen gegen § 1 werden mit Gefängnis und mit Geldstrafe, deren Höchstmaß unbeschränkt ist, bestraft. Der Versuch ist strafbar. Gegenstände, die bei Begehung der strafbaren Handlung verwendet wurden, dazu bestimmt waren oder durch die strafbare Handlung hergestellt wurden, können eingezogen werden, auch wenn sie weder dem Täter noch einem Teilhaber gehören. München, den 11. November 1923. Der Generalstaatskommissar: gez. Dr. v. Kahr.

### Parlamentarisches

Im „Vorwärts“ tobt sich einiger Zeit die „Opposition“ aus. Was bei dem Versuch, aus einem alten Mehlstock Funken zu schlagen, letzten Endes herauskommen wird, kann selbstverständlich nur dem überraschen, der von einem solchen Experiment noch etwas erwartet. So geht es jetzt den „Vorwärts“-Helden an. Sie haben sich durch ihre Ruhrpolitik alles auf eine Karte und erzwungen für die Ruhrarbeiter, die sie restlos auf die Straße wirft, die Einstellung der Unterstammungen. Der Hunger oder besser gesagt, Hungerdunst im gerade zu gutturalen Protest, der die bayerische Antimilitaristische Diktat in Bezug auf Verlängerung der Arbeitszeit, Widerstand entgegenzusetzen. In Bayern verbietet Kahr, nachdem er den putschistischen Spuk angetrieben hat, sämtliche Literatur, sogar der SPD, und erklärt die revolutionären Arbeiter für Feinde. Im Reich werden die bayerischen Antimilitaristen Betriebe geschlossen und die Lebensmittelblockade der Agrarier wird immer offensichtlicher. Der Hippodrom am Königsplatz hat sich selbst ausgeschaltet, und zwar, wie der „Vorwärts“ schreibt, schuldig und die Demokratie willigen. Nun wird den Demokraten und den „Vorwärts“ etwas unwohl. Sie sehen, daß die Dinge zu Entscheidungen drängen. Keine Regierung findet sich mehr, die irgend eine Verantwortung übernehmen will. Stresemann ist loyal sowohl zur Schwerindustrie als auch zu den bayerischen Antimilitaristen. Kahr und die Regierung leht nur deswegen, weil keine Kapitalgruppe bei der Durchführung ihrer Pläne auf deren Widerstand stoßen. Ganz natürlich, daß eine Partei, wie die SPD, die nur von parlamentarischen Selberleben lebt, jetzt, wo sie auswärts trocken reise, sich nervös zeigt. Sie will sich das nicht gefallen lassen! Sie will, wenn man sie weiter mißhandelt, „kämpfen“, steht im „Vorwärts“ vom 14. November (abends). Für diesen „Kampf“ werden dort folgende Betrachtungen angestellt:

Man spricht von einer Auflösung des Reichstages. Wir halten es für selbstverständlich, daß zu ihr nicht früher geschritten wird, als bis auch noch ein allerletzter Versuch unternommen worden ist, mit diesem Reichstag eine Ueberleitung auf parlamentarischen Grund zu schaffen. Denn die Aussicht, durch Neuwahlen einen Reichstag zu schaffen, in dem die Bildung einer parlamentarischen Regierung leichter sein würde als im gegenwärtigen, ist angesichts der Zersplitterung der bürgerlichen Parteien äußerst gering. Der Wahlkampf verschärft nur die Gegensätze und läßt die Parteien in einem Seelenzustand zurückkehren, in dem sie zu Regierungsmaßnahmen noch weniger geneigt sein werden als jetzt. Also kann die Auflösung nur dann in Betracht kommen, wenn der Beweis erbracht ist, daß es mit diesem Reichstag überhaupt nicht mehr weitergeht.

Verbrecherisch ist der Gedanke, den Reichstag aufzulösen, ohne ihn innerhalb der verfassungsmäßigen Frist von 60 Tagen neu wählen zu lassen. Eine solche Auflösung wäre ein glatter Staatsstreich: durch ihn würden automatisch alle Rechtsgrundlagen vernichtet werden, auf denen die Staatsordnung beruht, und wir würden in einen Zustand der Gesetzlosigkeit hineingeworfen, aus dem nur die Gewalt allein neues Recht schöpfen kann. Welche Gefahr ein solcher Einbruch der Anarchie für die Außenpolitik, für die Wirtschaft, für Leib und Leben jedes einzelnen bedeutet, braucht nicht erst ausführlich geschildert zu werden. Solche Ausschüsse sind die bayerischen Antimilitaristen zeigen, welche Verantwortung sie vor dem Volk zu tragen haben. Die Sozialdemokratische Partei hat sich, wie die Geschichte der letzten Jahre beweist, niemals geweigert, der festen Kern für die Bildung einer verfassungsmäßigen Regierung abzugeben, sie hat sich nur, und mit Recht, geweigert, in einer rechtsgerichteten Regierung fünftes Rad am Wagen zu sein und eine Politik mitverantworten, die ihre Ueberzeugungen geradewegs entgegengesetzt ist.

Wir wollen nicht bosartig sein. Man könnte aus dem obengedachten Klipp und klarweisen, daß Kahr recht hat, wenn er alle sozialistische Literatur verbrennen läßt, den selbst die alte Leier: „Das freie Wahlrecht ist das Zeichen“ aus nach dieser Logik in ihrer praktischen Verwirklichung ein Verbrechen geworden. Von wegen dem „Seelenzustand“, den durch eine Wahl erzeugt werden könnte bei den Parteien, die die SPD zu einer Koalition gebraucht, um nicht „fünftes Rad am Wagen“ zu sein, das heißt ganz klar: Koalition mit jedem Preis! Alles andere ist ein „Verbrechen“! Wahrhaftig, Ar-

beiter, die Kraft aufbringen, um über alle Hemmnisse, alle Konterrevolutionären und nationalistischen Gewerkschaftsappell hinweg vorzustößen, um den Kampf um die Produktion, um die Betriebe aufzunehmen und durchzuführen. Die Proletarier im Restgebiet, vor allen Dingen die Metallarbeiter, die jetzt wieder um Pflanzung kämpfen, haben es in der Hand, die Tatsache, daß die bayerische Sozialdemokratie sich „Solidarität“ ist, „Denn Solidarität ist nicht, daß jede Kategorie um besonders gute Bezahlung kämpft, — ein Kampf, der an sich schon eine Utopie ist —, und zuseht, wie die im Kampfe mit der deutsch-französischen Konterrevolution stehenden Klassenossen ein verliert. Proletarier, die nachdem ihnen vorderhand der Mund gestopft ist, für den Klassenfeind arbeiten, der im Begriff ist, die Vorderreihen der proletarischen Klasse niederzukartieren sind, trotzdem sie von einem „Sieg“ reden, Handlanger der Konterrevolution. Solidarität heißt gemeinsamer Kampf gegen den gemeinsamen Feind! Und der gemeinsame Kampf der gesamten Klasse kann nur das gemeinsame Ziel der proletarischen Diktatur haben. Aber es ist keine Zeit mehr zu verlieren! Heraus aus der Passivität! Heraus zum Angriff, lautet die Parole!

### Das Ende des Buchdruckerstreiks

Was wir in voriger Nummer der „Roten Jugend“ vorausgesagt, ist eingetroffen. Nur daß das Fiasko ein noch viel vollständigeres war, als auch die größten Pessimisten voraussehen konnten. Nachdem ein paar Bonzen verhaftet waren, drückte sich der Streik nicht mehr um das „Wertbeständige“, sondern um die Freilassung der Verbandsbonzen, um, wie man sagte, den Streik zu einem raschen Abschluß zu bringen. Doch die von Ebert gerufenen Ordnungshüter ließen sich nicht beirren und täuschten sich auch nicht. „In Rücksicht auf die Aussicht gestellten zentralen Verhandlungen und Rückgängigmachung der Verhaftungen“ empfahlen sämtliche Gewerkschaften den Streik abzubrechen. Und die Buchdrucker machten dumme Gesichter. — Hoffentlich haben sie daraus wenigstens etwas gelernt.

### Ein Rekord

Zu gleicher Zeit fand auch ein Streik der Mühlenerbeiter statt. Verlauf und Abschluß derselben ist im „Vorwärts“ so schön dargestellt worden, daß wir auf ein Kommentar verzichten können. Es heißt da:

„Mittwoch nacht um 10 Uhr setzte der Streik ein. Donnerstag früh sollte bereits vor dem Demobilisationskommissar verhandelt werden, um den Streik zu beenden. Dem inzwischen hätte sich der Magistrat ins Mittel gesetzt. Es bestand begründete Aussicht, den Konflikt alsbald beizulegen. Die Verbandsvertreter fanden sich denn auch gestern morgen beim Demobilisationskommissar ein. Als sie ankamen, war bereits ein Offizier des Wehrkreiskommissars anwesend, der die Arbeitnehmervorteile fragte, ob sie den Streik gutheißen und ob sie die Streikleitung bilden. Weiter aber, ob sie gewillt seien, dahin zu wirken, daß die Arbeit sofort aufgenommen und ein diesbezügliches Plakat herausgegeben wird.“ Wenn nicht, werde er sie verhaften lassen. Die Arbeitervertreter, die die Demobilisationskommission bisher nicht gewöhnt, lehnten die Zumutung ab und wurden verhaftet. Unter Überwachung der verhaltenen Lohnkommission durch Kriminalbeamte begannen die Verhandlungen, während der Arbeitervertreter die Arbeitnehmervorteile fragte, ob sie den Streik gutheißen und ob sie die Streikleitung bilden. Weiter aber, ob sie gewillt seien, dahin zu wirken, daß die Arbeit sofort aufgenommen und ein diesbezügliches Plakat herausgegeben wird.“ Wenn nicht, werde er sie verhaften lassen. Die Arbeitervertreter, die die Demobilisationskommission bisher nicht gewöhnt, lehnten die Zumutung ab und wurden verhaftet.

### Oesterreich

Der Bankrott der österreichischen KP. In Oesterreich haben kürzlich Wahlen stattgefunden. Das österreichische Proletariat steckt noch tief in parlamentarischen Illusionen, und die österreichische Sozialdemokratie hat bis jetzt in ihrem verhältnismäßig schlechten Kabinett, trotz der furchtbaren Leiden, die das österreichische Proletariat durchmacht und gerade jetzt durchdrückt. Die österreichische Sektion der 3. Internationale vertrat auch bei ihrer Entscheidung, sich dem einzigen Zeit nach dem Standpunkt des Antiparlamentarismus und erklärte sich für die revolutionäre Taktik. Nirgends war der Kampf gegen den Parlamentarismus und die Gewerkschaften notwendiger als gerade in Oesterreich, wo aus Moskau der Befehl kam, daß man keine revolutionäre Partei gebrauchen könne, sondern einen Propagandaklub für Rußlands Außenpolitik. Die Korruption in der österreichischen KP. machte es möglich, diesen Beschluß durchzuführen.

Seit der Zeit geht es dort abwärts mit der russischen Sektion, denn daß eine zweite Sozialdemokratie zwecklos ist, das empfinden selbst die österreichischen Proletarier. Bei den letzten Wahlen hat die revolutionäre Phrase elend schiefbruch erlitten. Die KPÖ. selbst befindet sich, wie nachstehendes Exekutiv zeigt, in voller Auflösung. Was die von der Internationale bezahlten Liberalen jedoch für widerprüchliche Zeug zusammenschmieren und wie viel Beschränktheit sie bei den Proleten voraussetzen, möge folgender Abschnitt zeigen, den wir der „Inprokor“ (Internationale Presse-Korrespondenz), die von der 3. Internationale herausgegeben wird, entnehmen.

„Was die Stimmzahlen betrifft, so ist zunächst eine starke Steigerung der Wahlbeteiligung festzustellen, und zwar im Bundesabstamm von 80 Prozent auf rund 86 Prozent der Wahlberechtigten. In Wien stieg die Wahlbeteiligung von 84 auf 90 Prozent. In einigen proletarischen Wahlkreisen von 90 auf 95 Prozent und darüber. Es wurden also die letzten Reserven herausgeholt, wobei die Sozialdemokraten eine Steigerung von fast 25 Prozent und die Christlich-sozialen von fast 20 Prozent ihrer Stimmzahl erzielen konnten, während die Brüderlichen beinahe 30 Prozent, der Landbund beinahe ebensoviel, die Demokraten mehr als die Hälfte und die Tschechen fast vier Fünftel ihrer Stimmzahl einbüßten.“

Der Kommunistischen Partei Oesterreichs sind bei diesen Wahlen Erfolge versagt geblieben. Sie vermochte nicht nur der Mandate zu erobern — obgleich sie in mehreren Fällen der Eroberung von Mandaten in Bezirksvertretungen nahe kam —, es gelang ihr auch nicht, die Stimmzahl des Jahres 1920 wieder zu erreichen. Sie hätte die damals erzielten 27.500 Stimmen im wesentlichen wieder erlangt, wie dies die Ergebnisse jener Wahlkreise beweisen, in denen die Partei keine Wahl gewann. In Wien stieg die Stimmzahl der Partei nicht voll zur Auswirkung kam und in denen zum Teil nicht unerheblicher Stimmzuwachs erzielt werden konnte; die Partei kostete der Partei aber 5000 Stimmen, in Graz, Ober-Oesterreich (wo in vier von fünf Wahlkreisen wegen der Krise nicht kandidiert werden konnte), und in Salzburg und Tirol, wo sich die Folgen der österreichischen Parteikrise besonders geltend machten. Es wird daher Aufgabe der Kommunistischen Partei Oesterreichs sein, die Parteikrise, die ihrer Tätigkeit schon fast ein Jahr die größten Hemmnisse bereitet, endgültig zu liquidieren — wie dies seitens des Parteivorstandes seit geraumer Zeit, jedoch bisher leider ohne vollen Erfolg, versucht wird —, um auf diese Weise die Schlappete wieder gutzumachen und den Kampf gegen den parlamentarischen Illusionismus, den die überwiegende Mehrzahl der Arbeiterklasse Oesterreichs noch abnimmt, mit verstärkter Kraft weiterzuführen.“

Über den letzten Satz nachzudenken, lohnt natürlich nicht. Der ihn geschrieben hat, hat ihn sicher auf Ehrlich geschrieben und sich ebenfalls nichts dabei gedacht. Und es ist geschrieben ist, sie nehmen als gute Gläubige alles, was von Moskau Kirche kommt, unbedenken hin, denn wer zweifelt, der hört nach Moskau Begriffe auf, ein „Kommunist“ zu sein.

arbeiter die Kraft aufbringen, um über alle Hemmnisse, alle Konterrevolutionären und nationalistischen Gewerkschaftsappell hinweg vorzustößen, um den Kampf um die Produktion, um die Betriebe aufzunehmen und durchzuführen. Die Proletarier im Restgebiet, vor allen Dingen die Metallarbeiter, die jetzt wieder um Pflanzung kämpfen, haben es in der Hand, die Tatsache, daß die bayerische Sozialdemokratie sich „Solidarität“ ist, „Denn Solidarität ist nicht, daß jede Kategorie um besonders gute Bezahlung kämpft, — ein Kampf, der an sich schon eine Utopie ist —, und zuseht, wie die im Kampfe mit der deutsch-französischen Konterrevolution stehenden Klassenossen ein verliert. Proletarier, die nachdem ihnen vorderhand der Mund gestopft ist, für den Klassenfeind arbeiten, der im Begriff ist, die Vorderreihen der proletarischen Klasse niederzukartieren sind, trotzdem sie von einem „Sieg“ reden, Handlanger der Konterrevolution. Solidarität heißt gemeinsamer Kampf gegen den gemeinsamen Feind! Und der gemeinsame Kampf der gesamten Klasse kann nur das gemeinsame Ziel der proletarischen Diktatur haben. Aber es ist keine Zeit mehr zu verlieren! Heraus aus der Passivität! Heraus zum Angriff, lautet die Parole!

### Deutschland und die Weltrevolution

Unter dieser Überschrift bringt die „DAZ“, das Organ des Herrn Stinnes, Nr. 451/52 einen Leitartikel, der nach Wahrheit ausspricht, was sich in dem Reich ereignet. Die Tatsache ergibt, daß selbst die Literaten der deutschen Schwerindustrie die Verhältnisse besser durchschauen, als die Sozialdemokraten SP- und KPD'stischer Couleur.

Der Pseudonym „Odysseus“ beherrscht eine ganze Portion geschichtliche Dialektik, die er noch behalten hat aus seiner sozialdemokratischen Zeit; und er versteht sie nicht nur in dem einen Artikel, sondern auch in dem Nr. 463/64 derselben Zeitschrift unter „Die Katastrophe an der Ruhr als Quintessenz für das System seit 1918“ gegen seine ehemaligen Parteifreunde anzuwenden.

Er geht von der Tatsache aus, daß wir uns nicht, wie gemeinhin angenommen, „fünf Minuten vor zwölf“ befinden; sondern er sagt, wenn die berühmten fünf Minuten vor zwölf nach ihrem endgültigen Sieg ein paar sozialdemokratische Knechte erledigt, schafft natürlich die Tatsache nicht aus der Welt, daß die Gewerkschaften und Sozialdemokratie eben zwischen zwei Feuern stehen, zwischen Revolution und Konterrevolution, und daß sie schon seit langem die Demokratie als ihr letztere suchen müssen, weil die Revolution die Gewerkschaften fadikal hinwegzerrt würde. Wenn die Lakaien der Bourgeoisie daher über schlechte Behandlung zeteren, so darf das für das Proletariat kein Grund sein, zu erregnen, daß die sozialdemokratische Partei, die sich in der Notwendigkeit zum Selbstmord der proletarischen Klasse führt und nur der Sturz der Demokratie und die Aufrichtung der revolutionären Arbeiterdiktatur ein Ausweg ist.

Und genau so wie wir von Anbeginn in der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften ein Teil des alten Systems sahen, so trifft auch der Leitartikel der „DAZ“ den Nagel auf den Kopf. „Es liegt nicht an dem schlechten Willen ihrer Führer. Es liegt daran, daß sie eine historisch überlebte Partei war, die vollständig zum alten System gehörte, zur Monarchie und zum preußischen Garde und zum ganz alten Glanz und Gloria.“ Sie ist nicht nur ein Teil dessen, sondern ein Teil der alten bürgerlichen Welt, der sich bis zuletzt zu erhalten versucht, der aber unter den allergrößten Schmerzen selbst verschwinden mußte. So wird die Geschichte brutal aber zerteilt, was sich für in den Weltall. Der Lauf derselben ist wohl zuletzt auch noch mit Gewalt zu hemmen, aber nicht aufzuhalten. Der Wille der Menschen, also der Beteiligten, geht nur dann in positives Schaffen über, wenn er geradlinig läuft mit den wirtschaftswissenschaftlichen Notwendigkeiten. Hier ist der Sprungpunkt aller historischen Erkenntnis.

So wie das deutsche Proletariat sich nur retten kann, wenn es Erkenntnis und Willen der geschichtlichen Dialektik nicht nur versteht, sondern auch als Ganzes betrachtet, so wird es auch Beherrscher des großen Prozesses, der die notwendige Folge sein muß, wenn die deutsche Revolution Sieger bleiben will, nämlich des Prozesses Weltrevolution. Wir haben der Arbeiterklasse die historische Mission deshalb klar zu machen, weil diese Mission überhaupt die unbedingte Voraussetzung seiner weiteren Existenz ist. Auf der Tagesordnung steht: Durch Revolution zum Kommunismus!

### Ruhr und Rhein

Berlin, den 22. November 1923. Die Betrügerbande, die sich gegenwärtig Regierung der oberdeutschen Republik schimpft, schwärmt, wie in allem, so auch in ihren Manipulationen betreffend das Rhein- und Ruhrgebiet hilflos hin und her, daß es einen Hund jammern könnte. Wenn die Theologen des Mittelalters darüber nachdachten, wieviel Engel auf einer Nadelspitze wohl tanzen könnten, so liefert der Gannet Stresemann mit seinen Komplizen den Beweis dafür, daß ein ganzes Rudel Minister auf einer politischen Basis heranzuzüchten können, die kleiner ist als ein Stecknadelkopf. Freilich ohne daß sie deshalb mit Engeln irgendwie verwechseln werden könnten.

Erst ließ es die Zahlung aller Unterstufung für das neu besetzte Gebiet vollkommen eingestellt, da die Reichsfinanzen das nicht mehr ertragen können. Und als Reichsinnenminister wurde der frühere Oberbürgermeister Jarres bestellt, von dem man wußte, daß er mit den Deutschen Nationalen und dem rechten Flügel der Volkspartei darin einig war, daß Rhein und Ruhr vorläufig ihrem Schicksal überlassen werden müßten. Was das heißen sollte, davon später noch.

Da aber machte die Sozialdemokratie ein großes Geschrei, wegen der Einheit der Republik und so. Und jetzt wird verkündet, daß die Regierung sich schweren Herzens — Gott die Sorgen der Leute! — entschlossen habe, 100 Millionen Rentenmark, also den zwölften Teil dessen, was sie überhaupt von der neuen Demarkationszone kriegern kann, in Form von Papiermark zu Zwecken der Erwerbslosenunterstützung ins Ruhrgebiet zu schicken. Dieser Betrag soll für die Zeit vom 15. bis 25. November oder ein wenig länger ausreichen. Was nachher werden soll, weiß natürlich noch kein Mensch. Und in Holland hat die Spekulation auf den Niedergang der Rentenmark schon angefangen.

Die Sozialdemokratie stimmt natürlich darob ein großes Triumphgeheul an und will die Republik gerettet haben. Aber die Dinge liegen etwas anders. Die neuen Herren Deutschlands, die Leitung der Rentenbank — die der sogenannten Regierung, die ohne ihre Zustimmung keinen Pfennig ausgeben darf, ihre Politik vorschreiben — haben nicht den geringsten Augen der SPD, willen, die ja sowieso tut, was sie muß und soeben erst im Berliner Buchdruckerstreik unter den Dajonten des Herrn Seckel verhandelt hat.

Die von Stresemann geführte verarbeitende Industrie und das Finanzkapital des unbesetzten Gebietes haben vielmehr die Rentenbank zu einem letzten Versuch gewonnen, das Ruhrgebiet als Rohstoff- und Absatzgebiet zu erhalten, weil sie glauben, manneh auf eine energische Hilfe der englischen Regierung hoffen zu können. Erst vor einigen Tagen konnte man lesen, daß Baldwin, der englische Premierminister, den Franzosen mit dem Bruch der Entente gedroht habe, wenn sie nicht endlich sich zu einer loyalen Zusammenarbeit mit England entschließen könnten. In der Tat hat der Mann einen derartigen Vorstoß gemacht. In offenes Deutsch übertragen heißt das: englische Kapital, soweit es Interesse am deutschen Absatzmarkt und an der preßdrückenden Wirkung der Ruhrkohle hat, wollte den Versuch machen, an der Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrgebiet und an dessen weiterer Ausbeutung beteiligt zu werden. Es ist also wieder einmal die letzte Hoffnung einer bankrotten deutschen Regierung, daß die Engländer als Partner am Geschäft für günstigere Bedingungen herauszuholen suchen. Daraufhin hat man es riskiert, von der neuen „wertbeständigen“ Rentenmark gleich wieder einen erheblichen Teil in das Faß ohne Loch zu werfen, das sich seit Cunos glorreichen Tagen im Westen Deutschlands aufgetan hat.

Aber diese Hoffnung steht auf den schäblichsten Beinchen der Welt. Die Idee, daß die Galgenstrafe von 10-12 Tagen, für die der Betrag ausreichen soll, genügen könne, um einen völligen Umschwung der außenpolitischen Lage zu erleben, ist an und für sich schon grotesk. Die Schwerindustrie des Ruhrgebiets selbst will von dem englischen Geschäft überhaupt nichts wissen. Die englische Regierung hat soeben erst ihr Parlament aufgelöst, steht vor einem Wahlkampf und kann während dieser Zeit unmöglich eine neue politische Linie im Ernst zu verfolgen beginnen. Sie hat vermutlich ihre „Warnung“ an Frankreich überhaupt nur als Wappparole gedacht. In der englischen Regierungspartei — wer weiß, ob es sich nach den Wahlen noch bleiben wird? — ist der extrem rechte Flügel, der sog. Die Harde, eine ebenso energische und rücksichtslose Gruppe, wie in Stresemanns Volkspartei die Stinnes-